

Fraktiondirekt

Das Monatsmagazin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion · Juni 2018



Religiöse Minderheiten unter Druck

Kongress zu den Perspektiven
für Christen und Jesiden im Nordirak

Im »Geist von Murnau« regieren

Kauder zieht positives Fazit
der ersten Koalitionsklausur



»Fraktion direkt« – Die App
Jetzt downloaden

3

Der Monat
Volker Kauder

4

Die Meinung
Stefan Müller

5

Die Zahlen

6

Der Brennpunkt
Religiöse Minderheiten unter Druck

12

Die Themen
Im »Geist von Murnau« regieren

16

Das Gespräch
*Carsten Linnemann über Wirtschaft 4.0,
lebenslanges Lernen und den Bedarf an
Fachkräften*

18

Der Gast
*Robotik-Professor Sami Haddadin
über Künstliche Intelligenz*

18

Impressum

19

Die Bilder

20

Das Zitat

6

Auch wenn Christen jetzt wieder in die vom IS befreiten Gebiete – wie hier die Stadt Karakosch – zurückkehren können, werden sie noch immer in vielen Regionen der Welt verfolgt.



© Marlyn Almy/Corbis News/Getty Images

12

Zwei Tage lang trafen sich die Spitzen der Koalitionsfraktionen zu einer Klausur auf der Zugspitze und in Murnau. Wichtige Beschlüsse gab es zu den Themen Bauen, Wohnen und Miete.



© Lukas Barth/Tuttas

18

Mit Köpfchen: Künstliche Intelligenz und Robotik werden das Leben vieler Menschen nachhaltig verändern – und zwar sowohl in der Wirtschaft als auch im ganz privaten Umfeld.



© Frank/Redila

Liebe Leserinnen und Leser,

die barbarischen Anschläge auf christliche Kirchen in Indonesien Mitte Mai rufen es uns wieder in Erinnerung: Religionsfreiheit ist nicht überall auf der Welt eine Selbstverständlichkeit. Wir müssen immer wieder dafür eintreten, dass Menschen ihren Glauben frei leben können, dass sie deshalb weder diskriminiert noch drangsaliert werden.

Die Unionsfraktion setzt sich seit langem für Menschen ein, die wegen ihrer Religion verfolgt und unterdrückt werden. Im Mai haben wir erneut einen Kongress veranstaltet, der sich mit dem essenziellen Thema befasst. Dieses Mal haben wir die Situation der Christen und Jesiden im Irak in den Blick genommen. Beide Minderheiten wurden während des Eroberungsfeldzugs des sogenannten Islamischen Staates 2014 aus ihren Heimatgebieten in der Ninive-Ebene und dem Sindschar-Gebirge vertrieben. Nachdem der IS im Irak weitgehend besiegt ist, hängt die Frage ihrer Rückkehr nicht nur von der Finanzierung des Wiederaufbaus in der Region ab, sondern auch davon, wie künftig ihre Sicherheit garantiert werden kann. »Fraktion direkt« beschäftigt sich in der Titelseite mit der Problematik.

Unser Magazin berichtet außerdem über die erste Klausurtagung der Koalition, die auf Einladung der CSU auf der Zugspitze und in Murnau stattfand. Bei der Klausur haben wir wichtige Weichen gestellt, um die Situation auf dem angespannten Wohnungsmarkt für die Menschen zu verbessern. So führen wir rückwirkend zum 1. Januar 2018 ein Baukindergeld ein, damit junge Familien leichter ein Haus oder eine Wohnung erwerben können. Das Interesse der Menschen daran ist hoch, denn ein Eigenheim ist mehr als nur eine Behausung, es schafft ein finanzielles Grundpolster und dient der Vorsorge fürs Alter. Zur weiteren unmittelbaren Entlastung auf dem Wohnungsmarkt führen wir steuerliche Anreize ein, um mehr bezahlbare Mietwohnungen zu schaffen.

Bei unserer Klausur haben wir auch in die Zukunft geschaut, konkret gesagt: auf die Fortschritte, die uns die künstliche Intelligenz im Alltag und im Arbeitsleben bringt. Professor Sami Haddadin von der Technischen Universität München, der 2017 mit dem Deutschen Zukunftspreis ausgezeichnet wurde, hat uns dargelegt, wie Roboter und intelligente Maschinen unser Leben verändern werden. Seine Einsichten teilt er in »Fraktion direkt« mit unseren Lesern.

h

Volker Kauder

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion



© Laurence Chaperon

Generationengerecht, zukunftsorientiert und solide

Der Bundeshaushalt 2018 trägt die Handschrift der Union

Wir setzen die Agenda, auch wenn ein SPD-Minister das Finanzministerium übernommen hat. Auf Drängen von CDU und CSU wird die schwarze Null aus der vergangenen Wahlperiode fortgesetzt. Wir machen keine neuen Schulden und leben nicht auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit und hat mit einem Fetisch nichts zu tun. Das nenne ich Solidität.

Dieser Haushaltsentwurf ist außerdem zukunftsorientiert. Das zeigt sich insbesondere in dem klaren Aufwuchs für Bildung und Forschung, mit Rekordinvestitionen in Sicherheit, Bau und Heimat und der Verstetigung der Rekordinvestitionen in die Infrastruktur. Es sind also insbesondere Unionsressorts, die über die vereinbarten Investitionsausgaben wachen. Allein die Bundesministerien für Verkehr und digitale Infrastruktur, für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie das Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat stehen für rund drei Viertel aller Investitionsausgaben des Bundes in den nächsten Jahren.

Und all dies merken die Bürgerinnen und Bürger. Mit dem Baukindergeld zum Beispiel unterstützen wir Familien

beim Erwerb von Wohneigentum rückwirkend ab dem 1. Januar 2018. Das Baukindergeld ist ein besonderer Erfolg und erfülltes Wahlversprechen der Union.

Gleichzeitig sieht der Haushaltsentwurf und die weitere Finanzplanung des Bundes eine erhebliche Gesamtentlastung vor. Über die Legislaturperiode summiert sich diese auf 64 Milliarden Euro bis zum Jahr 2021. Die Entlastung ist dabei breit gestreut. Sie besteht aus Absenkungen bei den Sozialabgaben, aus Kindergelderhöhungen, einer Reduzierung des Solidaritätszuschlages, einer Erhöhung des Grundfreibetrages und der Bekämpfung der kalten Progression. Auch wenn sich die Union an der ein oder anderen Stelle noch mehr Entlastung hätte vorstellen können, so sind die genannten 64 Milliarden Euro jedenfalls kein »Pappenstiel«.

Wenn wir eine einsatzbereite und attraktive Bundeswehr in Deutschland haben wollen, müssen wir wieder mehr Geld in Material und Personal investieren. Die Aufstockung des Wehr-Etats in den kommenden Jahren ist wichtig. Wie die Bundeskanzlerin in der Generaldebatte gesagt hat, »es geht nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung« und somit die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten. Leider ist diese Erkenntnis bei der SPD noch nicht angekommen.

Dass der Haushalt eine insgesamt so erfreuliche Balance wahren kann, ist allein der exzellenten Wirtschafts- und Beschäftigungslage in unserem Land zu verdanken. Das ist natürlich kein Zufall, sondern das Ergebnis der guten Finanz- und Wirtschaftspolitik der unionsgeführten Bundesregierung der vergangenen Jahre. CDU und CSU werden darauf achten, dass diese erfolgreiche Politik fortgesetzt wird – nicht zuletzt, damit auch zukünftige Bundeshaushalte so generationengerecht, zukunftsorientiert und solide sind wie der Bundeshaushalt 2018.

»Die Aufstockung
des Wehr-Etats in
den nächsten Jahren
ist wichtig.«



Stefan Müller
Parlamentarischer Geschäftsführer der
CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage können Bund, Länder und Kommunen bis **2022** mit **63,3** Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen rechnen als noch im November **2017** vorhergesagt. Nach Berechnungen des Arbeitskreises Steuerschätzungen erhält der Bund zusätzliche Spielräume von **10,8** Milliarden Euro. Es wird erwartet, dass die Steuereinnahmen bis **2022** auf **905,9** Milliarden Euro steigen werden. Der Bundeshaushalt für dieses Jahr hat ein Volumen von **341** Milliarden Euro, wobei die Ausgaben für Investitionen gegenüber dem Vorjahr um **3** Milliarden auf **37** Milliarden Euro steigen. Bis **2021** will der Bund insgesamt über **146** Milliarden Euro investieren. CDU/CSU sind weiterhin Garant dafür, dass es keine Steuererhöhungen und keine neuen Schulden geben wird.

Religiöse Minderheiten unter Druck

Für das Recht auf Religionsfreiheit – Kongress zu den Perspektiven für Christen und Jesiden im Nordirak

Um das Menschenrecht auf Religions- und Gewissensfreiheit ist es nicht gut bestellt. In zwei Dritteln aller Länder werden Menschen aufgrund ihres Glaubens diskriminiert, unterdrückt und verfolgt – Tendenz steigend. Christen und Muslime sind aufgrund ihres hohen Anteils an der Weltbevölkerung am häufigsten betroffen. Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag setzt sich schon seit langem für das Recht auf Religionsfreiheit ein. Bei einem Kongress Mitte Mai nahm sie besonders die Perspektiven für Christen und Jesiden im Nordirak nach der Niederschlagung des Terrornetzwerks Islamischer Staat unter die Lupe.

Der Bundestag verabschiedete Ende April eine Entschließung der Koalitionsfraktionen, in der er die Bundesregierung aufforderte, sich auch weiterhin für die Einhaltung des Menschenrechts auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzusetzen. Der auf langjähriges Drängen der Unionsfraktion berufene Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, der CDU-Abgeordnete Markus Grübel, wies in der Debatte darauf hin, dass »inzwischen ganze Religionsgemeinschaften von der Auslöschung bedroht« seien. Als Beispiel nannte er die armenischen, syrischen und chaldäischen Christen im Nordirak sowie die dort lebenden Jesiden und Turkmenen. Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder beklagte in der Debatte, dass im Nahen und Mittleren Osten – einer Region, die einst die Wiege der Christenheit war – »das

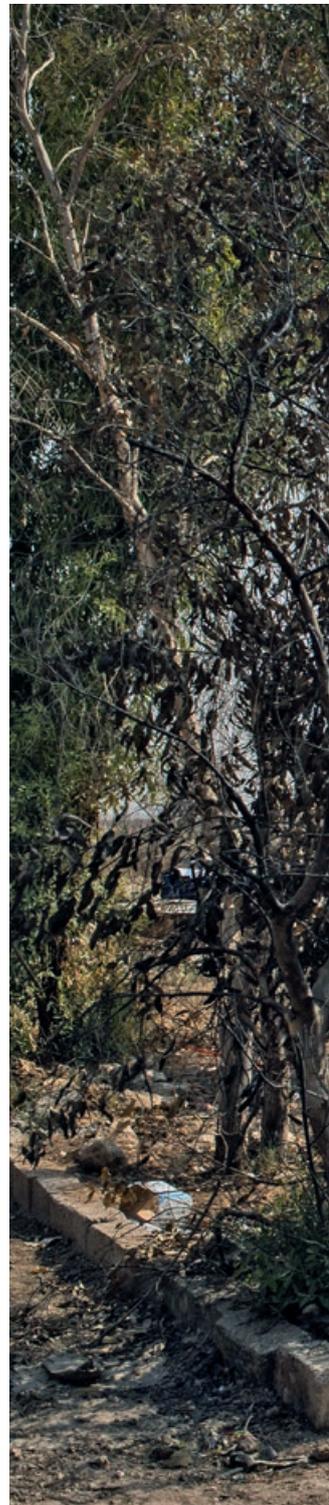
Christentum immer weniger stattfindet«. Tatsächlich kam es bereits während des irakisch-iranischen Krieges 1988 zu einem massiven Exodus der Christen im Irak. Während 1980 noch rund 1,4 Millionen Christen dort lebten, waren es 2003 nur noch 800.000. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sank in dem Zeitraum von 10,25 auf 3,1 Prozent.

Der Feldzug des Terrornetzwerks Islamischer Staat (IS), das ab 2014 große Gebiete des Iraks eroberte und das erst 2017 besiegt wurde, ging mit weiteren brutalen Vertreibungen von Christen einher. Nach Schätzung von Kirchenvertretern leben derzeit

höchstens noch 250.000 Christen im Irak, vor allem im angestammten Siedlungsgebiet der Ninive-Ebene. Das entspricht einem Bevölkerungsanteil von 0,69 Prozent. An den Jesiden – Anhängern einer monotheistischen Religion, deren Entstehung auf etwa 2000 vor

Christus datiert wird – verübte der IS in ihrem Kerngebiet im Sindschar-Gebirge laut UN-Experten einen regelrechten Völkermord. Auf der Flucht kamen zahlreiche der ursprünglich etwa 500.000 Jesiden um. Viele vom IS ver-sklavte Jesidinnen sind noch immer in den Händen ihrer Peiniger.

»Wiege der Christenheit bald ohne Christen«





© Marilyn Alm/Corbis News/Getty Images

Ein Kreuz als Zeichen der Hoffnung in der nordirakischen Stadt Karemles, wo von 2014 bis zur Befreiung 2016 die Terrormiliz Islamischer Staat herrschte.

Deutschland ist Geberland Nummer eins

Damit Christen und Jesiden wieder eine Perspektive in ihrer angestammten Heimat im Nordirak bekommen, stellt die Bundesregierung finanzielle Mittel in hohem Maße bereit. Deutschland sei Geberland Nummer eins, betonte der Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung, Gerd Müller, auf dem Kongress der Unionsfraktion zur Religionsfreiheit Mitte Mai.

So würden für Wiederaufbauprojekte im Irak im Haushalt dieses Jahres 350 Millionen Euro bereitgestellt. Im vergangenen Jahr seien innerhalb von sechs Monaten beispielsweise 180 Schulen für 120.000 Kinder mit deutschen Entwicklungsgeldern errichtet worden, berichtete der CSU-Politiker. Für 50.000

Kinder habe es psychosoziale Unterstützung gegeben, für 77.000 rückkehrende Binnenvertriebene sei eine Gesundheitsversorgung aufgebaut worden. In Erbil, der Hauptstadt der autonomen Kurdenregion, sei ein Migrationsberatungszentrum errichtet worden. Und schließlich habe man ein Programm zur Schaffung von Startchancen in Höhe von 5,15 Millionen Euro auf den Weg gebracht. »Das Signal muss sein: Die Menschen haben eine Zukunft in ihrer angestammten Heimat«, sagte Müller.

Gegen jede Form der Judenfeindlichkeit

Bundesregierung hat erstmals einen Antisemitismusbeauftragten



Der Diplomat Felix Klein hat seit Anfang Mai das neu geschaffene Amt eines Antisemitismusbeauftragten inne.

Angesichts der Zunahme antisemitischer Ausschreitungen und judenfeindlicher Übergriffe hat die Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel erstmals einen Antisemitismusbeauftragten berufen. Die Aufgabe hat Anfang Mai der Diplomat Felix Klein übernommen. Die Unionsfraktion dringt auf weitere vorbeugende Maßnahmen – etwa mehr politische Bildung an den Schulen.

Für die Berufung eines Antisemitismusbeauftragten hatte sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stark gemacht. Die Forderung wurde schließlich in den Koalitionsvertrag mit der SPD aufgenommen. Der Bundestag verabschiedete im Januar einen gemeinsamen Antrag von Union, SPD, FDP und Grünen, in dem eine entschlossene Bekämpfung des Antisemitismus gefordert wird. Darin wird jede Form von Judenfeindlichkeit verurteilt, sowohl die rechtsextrem motivierte

als auch diejenige von Zuwanderern aus dem arabischen Kulturkreis. Als nicht tolerierbar werden darüber hinaus Äußerungen und Übergriffe bezeichnet, die als vermeintliche Kritik an der Politik des Staates Israel formuliert werden, tatsächlich aber einzig und allein Ausdruck des Hasses auf jüdische Menschen und ihre Religion sind.

Felix Klein war vom Zentralrat der Juden für das Amt vorgeschlagen worden, welcher die Ernennung des Diplomaten als überaus wichtiges Signal begrüßte. Klein war bereits seit März 2014 Sonderbeauftragter für Beziehungen zu jüdischen Organisationen und Antisemitismusfragen im Auswärtigen Amt.

Der Beauftragte, dessen Amt im Bundesinnenministerium angesiedelt ist, soll die Bemühungen von Bund, Ländern und gesellschaftlichen Organisationen im Kampf gegen Antisemitismus koordinieren. Gleichzeitig ist Klein Ansprechpartner für jüdische Gruppen. Er soll von einem unabhängigen Kreis beraten werden, der im Benehmen mit der Bundesregierung berufen wird und sich aus jüdischen und nichtjüdischen Experten aus der Wissenschaft, dem Bildungssystem und der Zivilgesellschaft zusammensetzt.

Für eine bessere Prävention fordert Unionsfraktionschef Volker Kauder, dass sich auch die Schulen künftig stärker als bisher mit dem Thema Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzen. »Wir müssen die Lehrer ertüchtigen und auch Lehrmaterialien zur Verfügung stellen«, sagte er. Für antisemitische Vorfälle an Schulen verlangt er eine Meldepflicht. Außerdem müssten Moscheen besser kontrolliert werden. Noch immer werde in muslimischen Gotteshäusern zum Freitagsgebet mit Verweis auf die Situation in Nahost über Juden herabwürdigend geredet. Allerdings dürfe das Thema religiöse Intoleranz nicht auf die Bekämpfung von Antisemitismus beschränkt bleiben, mahnte Kauder. Auch Christen und Muslime würden Opfer von Anfeindungen.

© Britta Pedersen/dpa-zentralbild/Picture Alliance



© Julia Nowak

Die Kongressteilnehmer (v.r.) Entwicklungsminister Gerd Müller, die Journalistin Düzen Tekkal, der Gründer und Exekutivdirektor des irakischen christlichen Hilfswerkes CAPNI, Emanuel Youkhana, Unionsfraktionschef Volker Kauder, der Exekutiv-Präsident des Hilfswerks Kirche in Not, Johannes Freiherr Heereman und Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich.

Johannes Freiherr Heereman von Zuydtwyck vom Päpstlichen Hilfswerk Kirche in Not bezifferte die Kosten für den Wiederaufbau allein in der Ninive-Ebene auf 253 Millionen Euro. Heereman von Zuydtwyck berichtete, dass es für die Rückkehrwilligen Hoffnung gebe. Inzwischen seien 45 Prozent der Christen in ihre Dörfer in die Ninive-Ebene zurückgekehrt, nachdem ein Drittel der Häuser mit Hilfe von Spenden restauriert worden sei. Vieles bleibe allerdings noch zu tun. Schwierig sei vor allem die Wasserversorgung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Der Gründer und Exekutivdirektor des irakischen christlichen Hilfswerkes CAPNI, Emanuel Youkhana, zeigte sich hinsichtlich der Perspektiven der Rückkehrer skeptisch. Die Ninive-Ebene sei zwar zurückerobert, aber nicht »befreit« im kulturellen und ideologischen Sinne. Für eine vollständige Wiederansiedlung der Christen bedürfe es mehr als »physischer Sicherheit«, mehr als Häuser, Schulen und Gesundheitsversorgung. Die Christen und Jesiden wollten eine Garantie, dass sich der Genozid an ihnen nicht wiederholen könne. Denn die ideologischen Wurzeln, die den Vernichtungsfeldzug des IS erst ermöglicht hätten, seien die Einstellungen der Einheimischen zu den religiösen Minderheiten. So würden Christen als Ungläubige und Jesiden als Teufelsanbeter wahrgenommen.

So lange es keine Religionsfreiheit gebe, so lange hätten Christen und Jesiden keine Zukunft im Norden Iraks, sagte Youkhana. Dabei könnten sie in ihrer Heimat eine wichtige Rolle einnehmen, meinte er. Beide »können Brückenbauer sein, Wahrer der Vielfalt«.

»Zurückerobert,
aber nicht befreit«

Spur der Verwüstung: Der syrisch-katholische Erzbischof von Mosul, Kirkuk und Kurdistan, John Botros Moshi, in den Trümmern der Tavra Kirche in Mosul, die bei den Kämpfen um die Stadt zerstört wurde.



© ZAID AL-LOBEIDI/AFP/Getty Images

Auch der Journalist Stefan Meining, der seit 2012 bereits fünf Mal zu Recherchen im Irak war, sagte auf dem Kongress, es gebe inzwischen wieder Hoffnung für die Menschen dort. Allerdings nur, so lange sie geschützt würden. »Sicherheit ist alles«, sagte Meining. In seinem Film zeigte er die Skepsis der Menschen, die in ihre mit Hilfgeldern restaurierten Häuser zurückgekehrt sind und trotzdem nicht recht an eine Zukunft in ihrer Heimat glauben. Die Christen in der Ninive-Ebene fühlten sich weder als Kurden noch als Iraker, sondern als Menschen zweiter Klasse. Nicht nur der IS habe ihre Häuser angezündet, sondern oft auch die Nachbarn. »Ohne internationale Sicherheitsgarantien werden auch die letzten irakischen Christen ihre Heimat verlassen«, resümierte Meining.

»Sicherheit ist alles.«

»Es muss einen Ausgleich geben zwischen der Bevölkerungsmehrheit, den Minderheiten, den Ethnien und Religionen«, forderte daher Minister Müller von der neuen irakischen Regierung, die aus der Parlamentswahl Mitte Mai hervorgehen wird. Die Religionsfreiheit müsse umgesetzt werden. Zudem müssten die Verbrechen aufgearbeitet und Versöhnungsarbeit geleistet werden, sagte der CSU-Politiker. »Zur Tagesordnung überzugehen ist keine Basis für die Zukunft.«

Ähnlich äußerte sich auch die jesidische Journalistin Düzen Tekkal, Gründerin und Vorsitzende des Vereins Hawar.help. Um Gerechtigkeit herzustellen, bedürfe es einer Strafverfolgung durch den internationalen Strafgerichtshof und einer Entschädigung der Opfer. Tekkal setzt sich besonders auch für die Frauen ein, die unsäglich unter dem Krieg gelitten haben, die vom IS vergewaltigt und auf Sklavenmärkten verkauft wurden. Sie forderte eine Bindung von Hilfgeldern an die Bedingung, dass im Nordirak für menschenwürdige Verhältnisse gesorgt werde. Opfer müssten Unterstützung in Traumazentren bekommen. »Geld gibt es nicht umsonst«, sagte sie. Es sei ein gutes Druckmittel.

Bundestagsvizepräsident Hans-Peter Friedrich unterstrich das Ziel, dass die Menschen in ihrer Heimat im Nordirak bleiben und dort ihren Glauben frei leben können. »Wir haben als Deutsche und Europäer ein Interesse daran, dass der Irak stabil bleibt«, sagte der CSU-Politiker. Das gehe nur im friedlichen Miteinander verschiedener Religionen und Gruppen. Die Botschaft der Unionsfraktion laute: »Ihr seid nicht allein.«

 Bundestagsdrucksache
19/1894

Kein Raum für Antisemitismus in der Kunst

Zum Skandal über die Echo-Preisverleihung

Das Grundgesetz gewährleistet die Kunstfreiheit vorbehaltlos. An ihre Grenzen kommt die Kunstfreiheit lediglich dann, wenn ebenfalls verfassungsrechtlich geschützte Güter wie Persönlichkeitsrechte oder die Menschenwürde berührt sind. Einen solchen Konfliktfall stellte in jüngster Zeit die Verleihung des Musikpreises Echo an Battle-Rapper Kollegah und Farid Bang dar. Die Songtexte der beiden verherrlichen nicht nur Gewalt, diskriminieren Frauen und Minderheiten, sondern enthalten auch antisemitische Passagen. Im Verlaufe des Skandals gaben immer mehr Künstler ihre Echo-Preise zurück. Schließlich verkündete der Bundesverband der Musikindustrie die Abschaffung des Preises.

Dass die ohnehin umstrittene Nominierung von Kollegah und Farid Bang in diesem Jahr sogar mit einem Preis gekrönt wurde, sprengte auch aus Sicht der CDU/CSU-Fraktion jeden Rahmen. »Der Schutz der Freiheit der Kunst ist Maxime für unser politisches Handeln«, erklärte die kulturpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Elisabeth Motschmann. Das gelte »aber nicht für grob menschenverachtende, antisemitische Texte, auch wenn die Verkaufszahlen ›durch die Decke gehen‹.« Antisemitismus dürfe auf der Bühne nicht salonfähig gemacht werden.

Ähnlich äußerte sich die Kulturstaatsministerin und CDU-Abgeordnete Monika Grütters in den Medien. Die Freiheit der Kunst habe »ihre Grenzen da überschritten, wo Holocaust-Opfer verhöhnt werden«. Einen Preis, der nur auf Erfolg an der Kasse setze, nannte sie fragwürdig. Die beiden Rapper hatten den Preis für das Hiphop-Album des Jahres ausgerechnet an dem Tag verliehen bekommen, der in Israel als Holocaust-Gedenktag begangen wird. Bei der

Preisverleihung selbst hatte der Sänger Campino von der Band Tote Hosen eine »moralische Grenze« für musikalische Provokationen gefordert – nämlich dann, wenn Texte homophob, rechtsextrem oder antisemitisch seien.

Mit der Abschaffung des Echo in seiner jetzigen Form reagiert die Musikindustrie auf die heftige Kritik. Der künftige Preis soll laut Erklärung des Vorstands, »Antisemitismus, Frauenverachtung, Homophobie und Gewaltverharmlosung« keine Plattform mehr bieten. Elisabeth Motschmann und die CDU-Abgeordnete Yvonne Magwas regen als Ersatz einen neuen Musikpreis an, der sich am Format des Filmpreises Lola orientiert. Die Preisträger werden von den Mitgliedern der Deutschen Filmakademie ermittelt, also von den Kreativen selbst.

Der Sänger Campino verlangte bei der Echo-Verleihung moralische Grenzen für Provokationen.



© Axel Schmidt/POU/Reuters/Picture Alliance

Das Kreuz als Kompass für die Union: Unter dem Gipfelkreuz der Zugspitze gaben zu Beginn der Klausurtagung Unionfraktionschef Volker Kauder, CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt und die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles (v. r.) erste Statements ab.



Im »Geist von Murnau« regieren

Kauder zieht positives Fazit der ersten Koalitionsklausur – Wichtige Beschlüsse im Bereich Bau und Wohnen

Es ging nicht nur um Teambuilding, es wurden auch wichtige Weichen gestellt: Die Zugspitze und der idyllisch gelegene Ort Murnau im Alpenvorland waren die Tagungsorte der ersten Klausur, zu der sich die geschäftsführenden Fraktionsvorstände von CDU/CSU und SPD in dieser Legislaturperiode für zwei Tage zurückzogen. Unionsfraktionschef Volker Kauder zog ein äußerst positives Fazit: »Wir haben für die Menschen wichtige Beschlüsse gefasst – so das große Paket rund um Bauen, Wohnen und Eigentumserwerb für junge Familien mit Kindern.«

In der gemeinsamen Abschlusspressekonferenz mit dem Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Alexander Dobrindt, und der SPD-Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles äußerte Kauder die Hoffnung, dass der »Geist von Murnau« die beiden Fraktionen durch die nächsten Wochen und Monate tragen werde. Auch wenn es in der Koalition unterschiedliche Positionen gebe, stimme man überein, dass man zusammenhalten und die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages konsequent umsetzen wolle. »Es wird gut für uns alle sein, wenn wir dem Land zeigen, dass wir eine gute Regierung bilden«, sagte Kauder. Die Menschen in Deutschland hätten darauf einen Anspruch. Mit guter Regierungsarbeit könne man zudem auch all diejenigen das Wasser abgraben, »die extremistisch durch die Gegend marschieren und das Land in eine andere Richtung treiben wollen«.

»Wir machen Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.«

Die Zugspitze und Murnau liegen im Wahlkreis von Alexander Dobrindt, der die Spitzen der Koalitionsfraktionen dorthin eingeladen hatte. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe lobte zur Begrüßung die wunderbare Berg-Kulisse unter dem Gipfelkreuz und sagte, das Treffen diene nicht nur der Vertrauensbildung, es stünden auch konkrete Beschlüsse an. Kauder verwies auf das Gipfelkreuz im Hintergrund, welches ihn an den Kompass der Unionsfraktion erinnere – »dass wir Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes machen«. Das bedeute, dass der Mensch sowohl dazu berufen sei, sein Leben in die eigene Hand zu nehmen, als auch dazu, solidarisch mit seinen Mitmenschen zu sein.

Baukindergeld rückwirkend zum 1. Januar

Am ersten Tag beschlossen die Führungen beider Fraktionen eine umfangreiche Wohnrauminitiative »Für mehr Wohnraum, bezahlbare Mieten und Wohneigentum für Familien«. Zentraler Bestandteil ist das Baukindergeld, das auf Initiative von CDU und CSU bereits im Koalitionsvertrag mit der SPD vereinbart worden war. Es soll noch in diesem Sommer im Bundestag beschlossen werden und rückwirkend ab dem 1. Januar 2018 gelten.

Pro Kind und Jahr erhält jede Familie 1.200 Euro über einen Zeitraum von zehn Jahren. Für eine Familie mit zwei Kindern ergibt sich damit über zehn Jahre ein Betrag von 24.000 Euro. Recht auf das Baukindergeld hat jede Familie, die in Deutschland zum ersten Mal eine Immobilie neu baut oder erwirbt. Das zu versteuernde Haushaltsjahreseinkommen darf 90.000 Euro bei einer Familie mit einem Kind nicht übersteigen. Pro weiterem Kind erhöht sich dieser Betrag um 15.000 Euro. Für eine Familie mit zwei Kindern liegt die Einkommensgrenze somit bei 105.000 Euro und mit drei Kindern bei 120.000 Euro. Maßgeblich sind die durchschnittlichen Einkünfte der beiden Kalenderjahre vor der Antragstellung.

»Pro Kind und Jahr 1.200 Euro vom Staat«

Neue steuerliche Anreize wird es für den freifinanzierten Neubau von günstigen Mietwohnungen geben. Dazu wird eine bis Ende 2021 befristete steuerliche Sonderabschreibung eingeführt. Beschlossen wurde auch mehr Transparenz bei der Mietpreisbremse. Damit Mieterinnen und Mieter nicht mehr aktiv nachfragen müssen, wie hoch die Vormiete war, soll es eine gesetzliche Auskunftspflicht für Vermieter

geben, wenn sich der Vermieter bei der Begründung des Mietverhältnisses auf diese beruft. Um Mieter vor starken Mietpreissteigerungen nach einer Modernisierung oder Sanierung zu schützen, soll außerdem die Umlagefähigkeit von Modernisierungskosten weiter begrenzt werden. Zusätzlich wird eine Kappungsgrenze für Mieterhöhun-

gungen eingeführt. Beschlossen wurde auch mehr Transparenz bei der Mietpreisbremse. Damit Mieterinnen und Mieter nicht mehr aktiv nachfragen müssen, wie hoch die Vormiete war, soll es eine gesetzliche Auskunftspflicht für Vermieter



Trio im Schnee: Gute Stimmung herrschte zwischen den Spitzen der Koalitionsfraktionen auf Deutschlands höchstem Berg.



Und sie bewegen sich: Sami Haddadin (r.), Professor an der TU München, führte den Koalitionsspitzen in Murnau Service-Roboter vor.



© Lukas Barth-Tuttas

gen nach einer Modernisierung eingeführt. Danach darf die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei Euro pro Quadratmeter Wohnfläche innerhalb von sechs Jahren erhöht werden.

Berufliche Bildung an die digitale Arbeitswelt anpassen

Themen des ersten Klausurtages waren außerdem der Klimaschutz und die Arbeitsmarktpolitik. Professor Michael Bittner von der Universität Augsburg referierte über den Klimawandel, dessen Auswirkungen auf dem höchsten Berg Deutschlands unmittelbar zu spüren sind. Im Anschluss sprach Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit, zum Thema Fachkräftesicherung und berufliche Bildung. Die Führungen der Koalitionsfraktionen beschlossen, dass der Bundestag noch vor der Sommerpause eine Enquete-Kommission »Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt« einsetzen soll. Die Kommission soll aufzeigen, wo und auf welche Weise die berufliche Bildung an die Anforderungen der digitalen Arbeitswelt angepasst werden muss, auch im Hinblick auf den zukünftigen Bedarf an Fachkräften. Ein Schwerpunkt soll dabei auf pädagogischen, pflegerischen und Sorgetätigkeiten liegen.

Nach der Abfahrt von der Zugspitze mit der Zahnradbahn schloss sich ein gemeinsames Abendessen im Alpenhof Murnau an. Dort empfangen die Klausurteilnehmer

»Konkrete Folgen des Klimawandels«

am nächsten Morgen den jordanischen Außenminister Ayman Safadi, der die Lage im Nahen Osten schilderte. In der anschließenden Pressekonferenz sprachen sich Kauder, Dobrindt und Nahles ungeachtet des Rückzugs der USA für den Erhalt des Atomabkommens mit dem Iran aus. »Ich halte es nach wie vor für richtig, dass es dieses Abkommen gibt«, sagte Dobrindt. An den Argumenten dafür habe sich nichts geändert.

Potenziale der künstlichen Intelligenz ausloten

Im Anschluss stellte Sami Haddadin, Professor für Robotik an der TU München, einen selbstlernenden Roboterarm vor und sprach anschließend über das Thema »Auswirkungen der Robotik auf Arbeiten 4.0 und Industrie 4.0«. Die Fraktionsspitzen beschlossen, noch vor der Sommerpause einen Antrag zur Einsetzung einer weiteren Enquete-Kommission »Künstliche Intelligenz – gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale« in den Bundestag einzubringen. Diese Kommission soll Antworten auf die Vielzahl an technischen, rechtlichen, politischen und ethischen Fragen im Zusammenhang mit der Künstlichen Intelligenz (KI) geben. Dazu zählt beispielsweise die Frage, welche Formen der KI es bereits gibt. Und natürlich auch die Frage, welche ethischen Prinzipien bei der Entwicklung und beim Einsatz von KI sowie der Interaktion von Mensch und Maschine zu beachten sind.

telligenz – gesellschaftliche Verantwortung und wirtschaftliche Potenziale« in den Bundestag einzubringen. Diese Kommission soll Antworten auf die Vielzahl an technischen, rechtlichen, politischen und ethischen Fragen im Zusammenhang mit der Künstlichen Intelligenz (KI) geben. Dazu zählt beispielsweise die Frage, welche Formen der KI es bereits gibt. Und natürlich auch die Frage, welche ethischen Prinzipien bei der Entwicklung und beim Einsatz von KI sowie der Interaktion von Mensch und Maschine zu beachten sind.



Strahlendes Wetter, schwierige Lage: Die Situation im Nahen Osten stand im Mittelpunkt des Gesprächs und der anschließenden Pressekonferenz mit dem jordanischen Außenminister Ayman Safadi (2. v. l.).



Carsten Linnemann
Stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion

© Sabine Trübsch

»Technologisch an der Spitze bleiben«

Carsten Linnemann über Wirtschaft 4.0, lebenslanges Lernen und den Bedarf an Fachkräften

Deutschland muss auch in Zeiten der Digitalisierung wettbewerbsfähig bleiben. Wie das gelingen kann, darüber sprach »Fraktion direkt« mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carsten Linnemann.

Herr Linnemann, die Wirtschaft ist auf einem guten Kurs. Wie kann die Koalition Vorsorge dafür treffen, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt?

Linnemann: Vorsorge ist genau das richtige Wort. Für den Moment scheint ja alles in Butter. Wir eilen von Beschäftigungsrekord zu Beschäftigungsre-

kord. Und auch der Finanzminister kann sich über üppige Steuereinnahmen freuen. Jetzt kommt das Aber: Uns kommen exogene Faktoren zu Gute, also Faktoren, auf die wir quasi keinen Einfluss haben: Die niedrigen Zinsen und ein günstiger Dollar-Euro-Wechsel-Kurs gehören dazu. Beim Ölpreis ist die Herrlichkeit schon wieder ein Stück vorbei. Daneben muss ich immer wieder an den Spruch von Alfred Herrhausen denken: Die meisten Fehler machen Unternehmen, wenn es ihnen gut geht. Dieser Spruch gilt genauso für die Volkswirtschaft. Gerade in guten Phasen besteht die Gefahr, dass man Herausforderungen verschläft. Das darf nicht passieren. Um dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir daher zum Beispiel die Breit-

band-Infrastruktur ausbauen, Energiepreise stabilisieren, dafür sorgen, dass wir über genügend hochqualifizierte Fachkräfte für den Umbruch in unserer Wirtschaft im Zuge der Digitalisierung verfügen – Stichwort Wirtschaft 4.0.

Was sind die Hauptherausforderungen für die viel beschworene »Wirtschaft 4.0«?

Linnemann: Ich glaube, dass viele sich noch immer kein ausreichendes Bild von Ausmaß und Tempo des technologischen Umbruchs machen. Und der ist bereits voll im Gange – in der ganzen Wirtschaft: Im Banken-Bereich sehen wir die Veränderungen mit dem Rückgang des Filialgeschäfts schon jetzt. In der Zukunft werden autonom fahrende Autos

ohne Verbrennungsmotor mit den Autos von heute vielleicht noch die Räder gemeinsam haben. Das Maß der Veränderung wird die industrielle Revolution locker in den Schatten stellen.

Worum geht es jetzt: Zum einen müssen wir im globalen Wettbewerb technologisch an der Spitze bleiben – zum Beispiel mit Modellregionen für den neuesten Mobilfunkstandard 5G oder mit mehr Forschung in Bereichen wie der Künstlichen Intelligenz. Zum anderen müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen die nötigen Fähigkeiten haben. Das beginnt mit einer starken Dualen Ausbildung. Das umfasst aber auch das Thema Weiterbildung und lebenslanges Lernen.

Stichwort Weiterbildung: Was muss getan werden, um die einheimischen Arbeitnehmer für die Digitalisierung fit zu machen?

Linnemann: Hier ist vor allem die betrieblich organisierte Weiterbildung wichtig. Die Betriebe haben das Know-how, sie kennen den Bedarf am besten. Die zunehmende Bedeutung von Weiterbildungen ist ein gutes Beispiel für Dienstleistungen, die im Zuge der Digitalisierung an Bedeutung gewinnen. Umgekehrt bin ich vorsichtig, die Bundesagentur für Arbeit mit Weiterbildungsaufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung zu überfrachten. Da sind die Unternehmen näher dran.

Wieviel Einwanderung in den Arbeitsmarkt brauchen wir?

Linnemann: Beim Thema Fachkräfte geht es nicht nur um Einwanderung. Wir setzen auf drei Säulen – Inland, EU, Drittstaaten. Wir wollen in erster Linie das Fachkräftepotenzial im Inland besser nutzen. Das heißt zum Beispiel: Wir brauchen noch mehr Spielräume und Anreize für flexibles Arbeiten im Alter. Denn gerade die erfahrenen Mitarbeiter können wertvolle Dienste etwa in der Lehr-

lingsausbildung leisten. Daneben setzen wir vor allem auf Fachkräfte aus der EU. Da ist die Qualifikation meist kein Thema, und die Integration erst recht nicht. Für manche Bereiche werden wir auch Fachkräftezuwanderung aus Nicht-EU-Staaten benötigen. Eines ist dabei ganz wichtig. Es geht hier nicht allein um Fachkräftebedarf von Unternehmen. Es geht am Ende immer um gesellschaftliches Zusammenleben. Integrationsbereitschaft und -fähigkeit sind mindestens genauso wichtig wie die Qualifikation.

Wie kann man garantieren, dass Arbeitskräfte mit passgenauer Qualifizierung zu uns kommen?

Linnemann: Das ist tatsächlich nicht ganz einfach. Denn wir haben in Deutschland aus guten Gründen anspruchsvolle Anforderungen an Berufsabschlüsse, die sich umgekehrt als Hindernis für Interessenten erweisen können. Ein Lösungsansatz sind verstärkte Ausbildungskooperationen mit anderen Staaten. Damit können wir sicherstellen, dass die Standards von vornherein passen. Daneben müssen wir uns überlegen, ob Unternehmen gezielt im Ausland sehr gute Kandidaten für Ausbildungen anwerben, damit diese dann ihre Ausbildung hier nach den hiesigen Maßstäben absolvieren.

Welche Chancen sehen Sie, dass die EU einen Handelskonflikt mit den USA noch abwenden kann?

Linnemann: Ich habe die Hoffnung, dass sich auch im Weißen Haus am Ende die Erkenntnis durchsetzt: Ein immer weiter eskalierender Handelskonflikt hat nur Verlierer. Schon die letzten Monate haben zu einer Verunsicherung geführt, die der gesamten Weltwirtschaft schadet.

Wäre »TTIP light« eine Lösung?

Linnemann: Bei allen aktuellen Schwierigkeiten sollten wir das Ziel eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA nicht aus den Augen verlieren. Mehr aber noch muss es langfristig gemeinsames Ziel sein, die Welthandelsorganisation zu stärken. Denn diese multilaterale Organisation ist immer noch das beste Instrument, das wir zur Verfügung haben, um einen globalen Ordnungs-

rahmen für die Weltwirtschaft zu entwickeln – und hoffentlich irgendwann auch einmal durchzusetzen. Bei einem Abkommen mit den USA muss es vor allem um einen Abbau von Zöllen gehen. Daneben sollte man versuchen, ob man bei bestimmten wichtigen, nicht-tarifären Handelshemmnissen weiterkommt, also zum Beispiel bei Industriestandards.

»Ausmaß des Umbruchs ist noch nicht im Bewusstsein.«

»Wir müssen die Welthandelsorganisation stärken.«

Der Mensch im Mittelpunkt der Künstliche Intelligenz

Von Prof. Sami Haddadin, Direktor der Munich School of Robotics and Machine Intelligence der Technischen Universität München

Robotik und Künstliche Intelligenz stehen ein technologischer Quantensprung und ihre Vereinigung zur Fachdisziplin der Maschinenintelligenz bevor. Diese Verkörperung der Digitalen Revolution wird unsere Gesellschaft nachhaltig verändern, und zwar von der Industrie und dem Gesundheitswesen bis hin zum Privatsektor. Von zentraler Bedeutung ist hierbei, den Menschen zum Mittelpunkt der Technologie zu machen, so dass intelligente Maschinen unser Leben im Alltag der Zukunft als Werkzeuge einfacher machen. Die oft beobachtete Überforderung der Menschen durch Computer, das Internet und den Einsatz Künstlicher Intelligenz, unterstreicht die Notwendigkeit dieses menschenzentrierten Ansatzes.

In Wohnung und Weltall

Kürzlich haben wir durch die Einführung lernfähiger, vernetzter und durch jedermann bedienbarer Roboterassistenten und -werkzeuge die Demokratisierung der industriellen Automation eingeleitet. Die weltweit erste Generation von Leichtbaurobotern mit Künstlicher Intelligenz und einem hochentwickelten Tastsinn wurden als lernfähige und intelligente Werkzeuge für Facharbeiter entwickelt. Die Technologie kombiniert in hohem Maß Nachgiebigkeit, Feinfühligkeit und Agilität, vergleichbar einem menschlichen Arm mit industrieller Präzision. Auch ermöglicht die einfache Handhabung dieser Roboterwerkzeuge nach kürzester Schulungszeit



© ANSGAR PILDNER

die Bedienung, was ungeahnte Möglichkeiten in der Ausbildung unseres Nachwuchses wie auch der Weiterbildung eröffnet.

Diese Technologie *Made in Germany*, und zwar von der Grundlagenforschung über die Kommerzialisierung bis hin zur Produktion im Allgäu, wurde kürzlich mit dem Deutschen Zukunftspreis des Bundespräsidenten ausgezeichnet. Das Ergebnis zeigt insbesondere auch, wie wir in Deutschland mittels der Vereinigung von Robotik und Künstlicher Intelligenz zur menschenzentrierten Maschinenintelligenz völlig neue Märkte, Arbeitsplätze und ungeahnte Potenziale für unsere Gesellschaft erzeugen können.

Selbst kleine und mittlere Unternehmen, die bisher kaum Zugang zu Robotik und Künstlicher Intelligenz hatten, können nun direkt davon profitieren. Für die deutsche Großindustrie ist es nun möglich, Produktionskapazitäten zurück nach Deutschland zu holen, was neue hochqualifizierte Arbeitsplätze schafft.

Die Robotik und Künstliche Intelligenz wird auch Einzug in unsere eigenen vier Wände halten. Als Haushaltsgeräte der Zukunft werden Assistenzroboter den Erhalt des selbstbestimmten Lebens im Alter ermöglichen und als Schlüsseltechnologie der Telemedizin dem Fachärztemangel in ländlichen Regionen begegnen. Überdies werden sie in Krisen- und Katastrophengebieten sowie schwer zugänglichen und gefährlichen Umgebungen wie im Meer (Plastikvermüllung) oder Weltall (Weltraumschrott) eingesetzt.

Der deutsche Gegenentwurf

Mit der Gründung der Munich School of Robotics and Machine Intelligence hat die Technische Universität München nun einen richtungsweisenden Schritt in die Zukunft der Robotik und Künstlichen Intelligenz getan. Ähnlich zum Silicon Valley in den USA oder Shenzhen in China kann somit aufgrund des existierenden wissenschaftlich-technischen und industriellen Ökosystems und der europaweit einmaligen Hochtechnologie-Startups die Grundlage für einen deutschen Gegenentwurf geschaffen werden.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Stefan Müller MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer
(verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Filmbranche trifft Fraktion

Rund 120 Gäste kamen im April zum traditionellen Filmempfang der CDU/CSU-Fraktion – so auch die beiden Filmproduzenten Philipp Weinges (1.v.l., Mitglied des Vorstandes der Deutschen Filmakademie) und Martin Moszkowicz (3.v.r., Vorsitzender der Constantin Film AG). Zentrales Thema der Gespräche war die Filmförderung. Außerdem auf dem Bild (v.l.): Unionsfraktionschef Volker Kauder, die kulturpolitische Sprecherin der Fraktion, Elisabeth Motschmann, die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, Moderatorin Tanja Samrotzki und Fraktionsjustiziar Michael Frieser.



© Julia Nowak



© Christof Keuter

»Suche Frieden!« – Katholikentag in Münster

Unter dem Motto »Suche Frieden!« fand im Mai in Münster der 101. Deutsche Katholikentag statt. Hermann Gröhe, Beauftragter für Kirchen und Religionsgemeinschaften der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach dort unter anderem mit Lisi Maier, der Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Katholischen

Jugend. Man spüre, dass das Thema Frieden viele Menschen umtreibe, sagte Gröhe. In einer Zeit mit vielen internationalen Konflikten und Krisen sei es ein besonderes Erlebnis, sich in Münster, der Stadt des Westfälischen Friedens, zu treffen.

Bedrängten Christen eine Stimme geben

Mehr als 80 Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion engagieren sich auch in dieser Legislaturperiode wieder im Stephanuskreis. Das überkonfessionelle Forum setzt sich für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit ein und kümmert sich um die Situation bedrängter Christen sowie religiöser Minderheiten wie der Bahá'í oder der Jesiden. Heribert Hirte (Bildmitte) leitet den Stephanuskreis seit über vier Jahren.



© Michael Wittig



© Irina Wagner

»Das Baukindergeld ebnet Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden.«

Ulrich Lange, stellvertretender
Vorsitzender der CDU/CSU-
Bundtagsfraktion

CDU  **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Fraktion im Internet und den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion:
www.cducusu.de

 [www.facebook.com/
cducusubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)

Der Blog der Fraktion:
blogfraktion.de

 www.youtube.com/cducusu

Fraktion direkt:
www.cducusu.de/fraktiondirekt

 twitter.com/cducusbt

Bundestagsdrucksachen:
www.bundestag.de

 [www.instagram.com/
cducusbt](https://www.instagram.com/cducusbt)

»Fraktion direkt« bestellen

»Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«
erscheint jeweils am Ende eines Monats.
Bestellen können Sie das Heft unter
fraktiondirekt.abo@cducusu.de

Über die aktuellen Entwicklungen informiert Sie wöchentlich »Fraktion direkt – Der Newsletter«. Den elektronischen Newsletter können Sie abonnieren unter www.cducusu.de/newsletter-abo. Sie erhalten dazu auch die PDF-Ausgabe von »Fraktion direkt – Das Monatsmagazin«.

Termine

13. Juni 2018
Kongress
»Innovationen, Wettbewerb,
Zusammenhalt: Zukunft der
Sozialen Marktwirtschaft«